



HESSISCHER LANDTAG

10. 10. 2019

SIA

Antrag

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Ulrike Alex (SPD),
Frank-Tilo Becher (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass nach wie vor großer Handlungsbedarf im Bereich der psychiatrischen Versorgung in Hessen besteht. Strukturelle Mängel des Hilfesystems führen zu einer massiven Belastung der Patientinnen und Patienten wie ebenso der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
2. Der Landtag stellt eine zunehmende Chronifizierung psychischer Erkrankungen fest, deren Ursache auch in dem anhaltenden Personalmangel und den zu geringen Therapieangeboten liegt.
3. Der Landtag stellt fest, dass der schon lange erkennbare konkrete Handlungsbedarf durch die für die Klinik Frankfurt-Höchst vorgelegte externe Bestandsanalyse bestätigt worden ist und auf dieser Grundlage Verbesserungen unverzüglich eingeleitet werden. Erste Maßnahmen etwa bei der räumlichen Situation, beim Beschwerdemanagement oder im Aufnahmeverfahren der Patientinnen und Patienten, können nur der Anfang sein.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Zusammenwirken mit den Universitätskliniken, den Fachkrankenhäusern, der kommunalen Ebene, der Kassenärztlichen Vereinigung, der Hessischen Landesärztekammer, der Hessischen Psychotherapeutenkammer, den Pflegeverbänden, Angehörigenvertreterinnen und -vertretern und ggf. weiteren Akteuren zeitnah Konzepte zur Verbesserung der psychiatrischen sowie der psychotherapeutischen Versorgung in Hessen zu entwickeln und damit bestehende Versorgungslücken zu schließen.
5. Der Landtag sieht es als dringend notwendig an, die Arbeitsbedingungen des psychiatrischen Hilfesystems zu verbessern. Durch steigende Fallzahlen, kürzere Verweildauern, Drehtüreffekte, massive Arbeitsverdichtung, unzuverlässige Dienstpläne und einen erheblichen Zeitaufwand für die Patientendokumentation liegt die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere in psychiatrischen Kliniken bereits deutlich über der Grenze dessen, was leistbar ist.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Richtlinie für die Personalbemessung in vielen Kliniken permanent unterschritten wird. Neue Personalmindeststandards müssen bedarfsgerecht sein und müssen kontrolliert werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Ausfallmanagement in Form eines Personalpools in psychiatrischen Kliniken einzuführen. Ausfallzeiten müssen endlich, wie ursprünglich in der Psychiatrie-Personalverordnung angedacht, eingeplant und besser aufgefangen werden.
8. Der Landtag stellt fest, dass Psychiatrie keine Verwahrung sein darf, sondern Beziehungsarbeit unter der besonderen Berücksichtigung von Therapien. Die Therapien sollen schnellst möglich Anwendung finden, um Patienten Hilfestellungen zeitnah zukommen zu lassen.
9. Der Landtag stellt fest, dass Verbesserungen in der Personalbemessung und in der Therapieanwendung gleichzeitig Verbesserungen in der Patientensicherheit bedeuten und Zwangsmaßnahmen bzw. Fixierungen vermieden werden können.

10. Der Landtag stellt fest, dass Zwangsmaßnahmen in Form von Fixierungen nur im äußersten Notfall erfolgen dürfen und dringend reduziert werden müssen. Die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene Eins-zu-eins-Betreuung muss unbedingt durch professionelles und gut geschultes Personal erfolgen. Der Einsatz von externen Honorarkräften, Praktikanten usw. für Sitzwachen wird abgelehnt.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Hygienemanagement in psychiatrischen Kliniken einzurichten. Für eine klare Organisationsstruktur müssen die Psychiatrien eine Hygienefachkraft und einen Krankenhaushygieniker vorhalten und einen hygienebeauftragten Arzt benennen und damit gewährleisten, dass die aktuellen Richtlinien der KH-Hygieneverordnung in die hauseigenen Hygienestandards einfließen. Zusätzlich sollen neben jährlichen Hygieneschulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgewählte Pflegekräfte auf den Stationen spezifisch weitergebildet werden. Verstöße gegen Hygienevorschriften sind zu ahnden.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Kriseninterventionen in Form eines 24-Stunden-Krisendienstes in den Kreisen und kreisfreien Städten flächendeckend zu implementieren, die gemeindepsychiatrischen ambulanten Strukturen zu stärken und die sektorübergreifende psychiatrische wie auch psychotherapeutische und psychosomatische Versorgung zu fördern und zu verbessern. Vor- und Nachsorge, stationäre wie auch psychotherapeutische Behandlung müssen aufeinander abgestimmt sein. Ein entsprechendes Case-Management sollte hier vorgehalten werden. Durch gute Kriseninterventionen können Aufnahmen in die Psychiatrie vermieden werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 10. Oktober 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Günter Rudolph

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Ulrike Alex
Frank-Tilo Becher
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel